

Dieser Antrag stieß auf breite Zustimmung. Er wurde von der CSU, den Freien Wählern und dem Bündnis 90/Die Grünen stattgegeben, die SPD enthielt sich.



Antrag

der Abgeordneten **Karl Straub, Dr. Otto Hünnerkopf, Alexander König, Volker Bauer, Eric Beißwenger, Alexander Flierl, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Dr. Martin Huber, Anton Kreitmair, Hans Ritt, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel CSU**

PFC-Belastung im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm: Weitere Verunreinigung von Grund- und Oberflächenwasser stoppen, Sanierung der belasteten Gebiete auf ein unbedenkliches Maß, Unterstützung der betroffenen Bürger

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in Zusammenhang mit Belastungen durch per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) im Landkreis Pfaffenhofen auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass:

- vollkommene Transparenz hinsichtlich der Ausbreitung der PFC-Belastungen im Landkreis Pfaffenhofen sowie hinsichtlich möglicher Gesundheitsgefahren hergestellt wird,
- eine weitere Verunreinigung von Grund- und Oberflächengewässer ausgehend vom Flughafen Manching gestoppt wird,
- die PFC-Belastung in den betroffenen Gebieten durch umfangreiche Sanierungsmaßnahmen auf ein unbedenkliches Maß reduziert wird,
- den betroffenen Bürgern aufwandsneutral sauberes Wasser zur Gartenbewässerung zur Verfügung gestellt wird und
- Mehrkosten für die Reinigung von mit PFC belastetem Baugrundwasser sowie Entsorgungskosten von mit PFC belastetem Erdaushub ersetzt werden.

Begründung:

Aufgrund des Einsatzes von PFC-haltigen Feuerlöschschäumen bei vorgeschriebenen Löschübungen, Unfällen und Bränden auf dem Flugplatz Manching gelangten per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC) in das Grundwasser. Die Belastung mit PFC stellt besonders für die Ortsteile Westenhausen und Lindach eine unzumutbare Härte dar.

Aufgrund der PFC-Belastung darf weder das Grund- noch das Oberflächenwasser zum Gießen der Gärten verwendet werden. Nicht nur für die privaten Hauseigentümer, sondern natürlich insbesondere für die Landwirte, die die Brunnen zur Bewässerung ihrer landwirtschaftlichen Nutzflächen dringend benötigen, ist das ein sehr großer Schaden. Eine besondere Härte stellen die Auflagen für Bauwillige dar, denn die Entsorgung von Bauaushub und die Reinigung des Baugrundwassers werden zu einem unkalkulierbaren Risiko.

Obwohl seit erstmaligem Feststellen der Kontamination des Grundwassers zwischenzeitlich mehrere Jahre vergangen sind, sind die Untersuchungen immer noch nicht abgeschlossen. Es fehlt die notwendige Transparenz für die Bürger, wie hoch die PFC-Belastung in den betroffenen Gebieten ist, ob und wie sich die Belastung mit PFC weiter fortsetzt, und ob eine Gesundheitsgefährdung für die betroffenen Bürger vorliegt. Auch gibt es noch keine Auflagen für den Flugplatz Manching, das eingeleitete verunreinigte Oberflächenwasser zu reinigen.

In einem aufzustellenden Sanierungsplan für den Flugplatz Manching müssen Sicherungsmaßnahmen gegen die fortlaufende Kontamination des Grundwassers festgehalten werden. Insbesondere muss der mit PFC-haltigem Feuerlöschschaum belastete Boden ausgetauscht und fachmännisch entsorgt werden. Den Bürgern kann nicht zugemutet werden, allein die Mehrkosten für sauberes Gießwasser sowie für die Entsorgung von PFC belastetem Erdaushub/Baumaterial und für die Wasserreinigung zu tragen. Hier muss das Verursacherprinzip greifen.

Dem Antrag der SPD bezüglich PFC im Bayerischen Landtag wurde von allen Parteien stattgegeben.



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Natascha Kohnen, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Hans-Ulrich Pfaffmann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Isabell Zacharias SPD**

PFC-Umweltgifte in den Landkreisen Altötting und Pfaffenhofen: Alle Fakten vor der Landtagswahl auf den Tisch – zügig Konsequenzen ziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Zusammenhang mit möglicherweise gesundheitsgefährdenden Belastungen durch per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC), noch vor der Landtagswahl vollkommene Transparenz herzustellen und

- den Betroffenen im Landkreis Altötting alle Ergebnisse von Blut- und Muttermilchuntersuchungen rechtzeitig vorher mitzuteilen sowie die Ergebnisse in anonymisierter Form zu veröffentlichen und
- noch vor dem Wahltermin die Öffentlichkeit und den Landtag darüber zu informieren, ob im Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm, insbesondere im Markt Manching, etwaige Gesundheitsgefahren zu befürchten sind.

Zudem soll die Staatsregierung so schnell wie möglich darüber berichten,

- wie sich die Belastung mit perfluorierten Tensiden (PFT) im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm ausbreiten und welche Konsequenzen dies für Grundwasser und Oberflächengewässer hat und
- was die Staatsregierung bisher unternommen hat, um die Verursacher, wie zum Beispiel die Bundeswehr im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm, zu einer Entschädigung der Betroffenen zu veranlassen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung außerdem auf, sich dafür energisch einzusetzen, dass etwaige Geschädigte in den beiden genannten Landkreisen von den jeweiligen Verursachern entschädigt werden. Landtag und Öffentlichkeit müssen laufend und transparent über diese Bemühungen unterrichtet werden.

Begründung:

Sowohl der Landkreis Altötting als auch der Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm, und dort insbesondere der Markt Manching, sind von Belastungen durch per- und polyfluorierte Tenside wie PFOA, PFOS, PFHxS und PFNA erheblich betroffen. Per- und polyfluorierte Chemikalien reichern sich in Leber, Niere und Gallenblase an und können diese Organe schädigen sowie Krebs erzeugen. Das Umweltbundesamt (UBA) hat bereits 2016 veröffentlicht, dass zum Beispiel Perfluorooctansäure (PFOA) im Verdacht steht, Hoden- und Nierenkrebs auszulösen. Die Übertragung von PFC von der Mutter zum Kind während der Schwangerschaft und Stillzeit wird dabei als besonders kritisch angesehen. Die Bürgerinnen und Bürger haben angesichts dieser potenziellen Gesundheitsgefahren ein Recht darauf, von umfassend, schnell und vollkommen transparent über alle Fakten und mögliche Gefahren informiert zu werden. Ein Verzögern und Hinhalten aus politischen Gründen wäre völlig inakzeptabel und würde das Vertrauen in die Politik erheblich erschüttern. Deswegen müssen alle Ergebnisse von Untersuchungen selbstverständlich noch vor der Landtagswahl veröffentlicht werden. Das gilt insbesondere für die Untersuchungen von Blut und Muttermilch im Landkreis Altötting. Außerdem können die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten, dass die Staatsregierung offenlegt, was sie bisher unternommen hat, damit die Betroffenen von den Verursachern entschädigt werden. Das gilt nicht nur für die möglicherweise gesundheitlich Geschädigten im Landkreis Altötting, sondern auch für den Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm, wo Landwirte und Bauherren zu den Geschädigten zählen.

Die mündliche Eingabe von Herrn von Brunn bezog er auf den Antrag des CSU Abgeordneten Karl Straubs und nicht auf seinen eigenen Antrag.

Die mündliche Eingabe lautete: für Schäden der Bürger in Vorleistung zu gehen.

Dies wurde vor der Beratung im Landtag von der CSU, den Freien Wählern und den Grünen jedoch abgelehnt.

Begründung: Die Bundeswehr ist Verursacher, die Schäden sind noch nicht beziffert. Ansprechpartner ist klar der Bund.

Auch der Freistaat Bayern muss sich an Recht und Gesetz halten. Die Zuständigkeiten liegen ganz klar in Berlin.

Zur Erinnerung:

Unsere Bundesrepublik Deutschland wird von einer großen Koalition regiert: von der CDU, SPD und CSU.

Unser Bundestagsabgeordneter Erich Irlstorfer, CSU setzt sich in Berlin für die Belange der PFC Geschädigten ein.

Er hat bereits Gespräche mit Ursula von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung, geführt.

Vizekanzler und Finanzminister ist der SPD Politiker Olaf Scholz.

Er wäre der richtige Ansprechpartner für die bayrische SPD.

Welche Bundestagsabgeordneten der bayrischen SPD mit dem Problem auf Bundesebene beschäftigt sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Hören tun wir nichts von ihnen.

Wir finden es äußerst schade, dass auf dem Rücken der Manchinger Bürger und Bürgerinnen Landtagswahlkampf gemacht wird. Die bayrische Politik ist an dem Thema dran und nutzt ihre Kontakte nach Berlin – ohne Wahlkampfgetöse.

Antwortpost von Erich Irlstorfer und Karl Straub
auf Facebook an die Adresse von Florian von Brunn und
Werner Hammerschmid

Erich Irlstorfer Guten Morgen meine Herren, nur zur Information, Bund und Land werden gemeinsam die Situation in Manching für die Menschen vor Ort analysieren und dann die notwendigen und inhaltlich richtigen Entscheidungen mit den Fachstellen treffen. Es ist klar wer Verursacher ist und wer dafür die Kosten übernimmt. Es wäre gut wenn sich ALLE politischen Kollegen auf die Fakten zur Lösung des Problems einigen könnten. Außerdem wäre es angemessen wenn sie parteipolitische Propaganda hinten anstellen würden und zur Lösung Ihren Beitrag leisten. Karl Straub MdL, die kommunale Ebene sowie meine Person als Vertreter der Bundesebene arbeiten mit Hochdruck an guten Lösungen. Außerdem nur als Hinweis, es muss sich natürlich auch die Bundeswehr an Recht und Gesetz halten, was sie auch macht. Die Aussagen von Herrn von Brunn möchte ich nicht kommentieren und hoffe, daß er nach dem 14.Oktober eine Randnotiz der bayerischen Geschichte ist.

Karl Straub Abstimmverhalten: CSU Antrag CSU ja, FW ja, Grüne ja, SPD Enthaltung.
SPD Antrag einstimmig